



Volker Kauder:

Schröder gibt den Arbeitsmarkt auf

Der 2. Februar 2005 ist ein schwarzer Tag für Deutschland. Zum ersten Mal steigt die offizielle Arbeitslosenzahl auf über fünf Millionen.

So dramatisch die Zahlen sind – in erster Linie geht es um fünf Millionen Menschen

und ihre Familien, die aus unserer Arbeitsgesellschaft ausgegrenzt werden. Besonders deprimierend ist, dass der Bundeskanzler und sein Arbeitsminister die Zahlen verniedlichen und die Sorgen der Menschen ▶

INHALT

Peter Harry Carstensen:
Ein schwarzer Tag für
Schleswig Holstein

Seite 3

Weltwirtschaftsforum
Davos: „Verantwortung
für schwierige Entscheidungen übernehmen“

Seite 8

HEUTE AKTUELL

■ Volker Kauder: Schröder gibt den Arbeitsmarkt auf (Seite 1–3) ■ Karl-Josef Laumann: Jetzt Kräfte bündeln für Deutschland (Seite 4–5) ■ Jürgen Rüttgers: Steinbrück hat kapituliert (Seite 5) ■ Flugblatt: Gerhard Schröder – Kanzler der Massenarbeitslosigkeit (Seite 6) ■ Kongress: „Kinderrechte: Das geht uns alle an!“ (Seite 7) ■ Armin Laschet: Schwächung der Menschenrechtspolitik! (Seite 8) ■ Deutschland: Europameister bei Regierungs-PR (Seite 10) ■ Andreas Storm, Annette Widmann-Mauz: Prävention muss man richtig machen! (Seite 11) ■ Helmut Heiderich: Gentechnik-Gesetz bremst Forschung in Deutschland! (Seite 11–12) ■ Hartmut Koschyk, Thomas Strobl: Schluss mit dem Terror-Tourismus (Seite 12–13)



Generalsekretär Volker Kauder stellt auf einer Pressekonferenz die neue Großfläche vor.

► nicht ernst nehmen. Mit neuer Offenheit hat das nichts zu tun, sondern mit alter Untätigkeit.

Die Politik von Rot-Grün spaltet das Land in Menschen mit Chancen und – immer mehr – Chancenlose. Der Bundeskanzler ist der Chancenkiller für viele Menschen in diesem Land.

Es ist noch nicht lange her, dass der Kanzler versprach, die Arbeitslosigkeit auf 3,5 Mio zu senken – daran wollte er sich messen lassen. Von diesem Ziel ist Schröder weiter entfernt denn je. Jetzt weist der Kanzler in unglaublicher Schnoddrigkeit die

Verantwortung für Hartz IV dem Arbeitsminister zu. Mit der größten wirtschafts- und sozialpolitischen Katastrophe der deutschen Nachkriegsgeschichte will Schröder nichts mehr zu tun haben. Er verkündet, er habe am Arbeitsmarkt das Mögliche getan. Soll heißen: Basta, das war's für den Arbeitsmarkt und die Arbeitslosen.

Rot-Grün gibt auf

Schröder hat aufgegeben! Ein Kanzler, der nichts mehr tut, hat aber im Kanzleramt nichts mehr verloren!

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhörerstraße 8, 10785 Berlin. Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333. Vertrieb: Telefon 02226-802-213, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profflich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

eine Regierung, die den unglaublichen sozialpolitischen Skandal von fünf Millionen Arbeitslosen achselzuckend hinnimmt, ist das eigentliche Problem in Deutschland.

Die Zahl der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sinkt und sinkt: Tag für Tag brechen 1000 Jobs in Deutschland weg, gehen 100 Betriebe in die Pleite. Schlimm für die Betroffenen, schlimmer aber auch für Steuern und Sozialkassen.

Aus mehr und mehr Politikfeldern zieht sich diese Bundesregierung zurück: Für

den Arbeitsmarkt hat der Kanzler Stillstand verkündet. Die Reform der Pflegeversicherung verschiebt Rot-Grün auf die nächste Legislaturperiode. Vom einstigen Ziel Haushaltskonsolidierung ist auch keine Rede mehr. Für den Rest der Legislaturperiode gilt: Politik der ruhigen Hand. Der Kanzler tut nichts mehr. Politisch verordneten Stillstand kann sich dieses Land nicht leisten! Der Tu-Nix-Kanzler ist längst zu einer Belastung für Deutschland und die Menschen hier geworden!

Die CDU will, dass alle Menschen in Deutschland wieder Chancen nutzen können. Wir wollen mehr betriebliche Bündnisse für Arbeit, eine Absenkung der Beiträge in der Arbeitslosenversicherung, eine wachstumsfördernde Energiepolitik, ein neues Steuerrecht mit radikaler Vereinfachung und wettbewerbsfähigen Unternehmenssteuern. Den Kanzler fordern wir im Interesse von Arbeitslosen, Arbeitnehmern und Betrieben auf: Anpacken statt abwarten!

ARBEITSMARKT: SCHWARZER TAG FÜR SCHLESWIG-HOLSTEIN

Die Veröffentlichung der Arbeitsmarktzahlen ist ein schwarzer Tag für Schleswig-Holstein. Dies ist ein Abschlussdokument des Versagens dieser Landesregierung, die erkennbar jede eigene Anstrengung aufgegeben hat, dieser katastrophalen Entwicklung für Schleswig-Holstein zu begegnen.

Erschütternd ist bei diesem dramatischen Anstieg der Arbeitslosen, dass Schleswig-Holstein am schlechtesten von allen deutschen Flächenländern dasteht. Während im Bund die Arbeitslosigkeit auf 12,1% anstieg, erhöhte

sich die Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein über 20% auf 170.400. Dieser Simonis-Faktor ist eine schwere, unerträgliche Bürde. Was mich besonders entsetzt ist die Tatsache, dass die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen unter 25 Jahren um 40,6% angestiegen ist. Damit wird diese Generation ihrer Zukunftsperspektiven beraubt.

Alarmierend an diesen Zahlen ist, dass diese Regierung kein Sofortprogramm zur Schaffung von Arbeits-



Peter Harry Carstensen

plätzen vorlegt, wie es die CDU seit langem fordert und auf den Tisch gelegt hat.

Statt dessen hüllt sich die Landesregierung in Schweigen und kapituliert. Eine Regierung, die in einer solchen dramatischen Situation aufgibt, hat es nicht verdient, auch nur einen Tag länger im Amt zu bleiben. Deshalb braucht Schleswig-Holstein dringend den Regierungswechsel, damit unser Land mit einer CDU-geführten Landesregierung wieder eine Perspektive hat.

Jetzt Kräfte bündeln für Deutschland

5 Millionen registrierte Arbeitslose sind ein Symbol für die Lage in Deutschland und legen offen, wohin die Regierung uns mit ihren bisherigen Reformen geführt hat.

Es ist zwar richtig, dass die Zahl von 5 Mio. Arbeitslosen im Januar 2005 zum Teil der üblichen Winterflaute und zum Teil statistischen Effekten geschuldet ist.

Aber: Nicht alle neu hinzugekommenen früheren Sozialhilfeempfänger sind tatsächlich in dieser Zahl schon erfasst! Nach Angaben der BA sind 1,66 Mio. Menschen, die Alg II bekommen, derzeit (noch) nicht als Arbeitslose erfasst. Außerdem sollen etwa 500.000 Menschen von den Sozialämtern als arbeitssuchend gemeldet worden sein und tauchen in der Statistik der BA ebenfalls nicht auf.

Im Sommer 2002 wurde mit viel Pomp das Programm der Hartz-Kommission vorgestellt. Damals gab es 4,0 Mio. Arbeitslose. Diese Zahl sollte laut Hartz-Bericht binnen drei Jahren – also bis zum Sommer dieses Jahres – auf 2 Mio. gesenkt werden. Heute sind über 5 Mio. Menschen offiziell arbeitslos. Außer-



Karl-Josef Laumann

dem: Nur noch 26,75 Mio. Menschen sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Im Sommer 2002 waren es noch 27,6 Mio. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Seit Beginn der Hartz-Reformen haben wir also 900.000 Steuer- und Beitragszahler verloren. Das ist der Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit bei dieser Regierung.

Was wurde mit Hartz noch alles versprochen?: Durch das Instrument der Personal-Service-Agenturen (PSA) sollten jährlich 350.000 sozialversicherungspflichtige Jobs entstehen; die Ich-AG-Förderung sollte jährlich 500.000 Existenzgründungen aus der Arbeitslosigkeit heraus ermöglichen; der Job-Floater oder „Kapital für Arbeit“-Programm der KfW-Bank sollte

jährlich 120.000 neue Jobs schaffen. Was ist heute, nach 2,5 Jahren daraus geworden?:

Die PSA's haben nicht rund 1 Mio. Menschen in Jobs gebracht, sondern nur knapp 24.000; statt 1,5 Mio. erfolgreichen Existenzgründungen haben nur knapp 240.000 Menschen über die Ich-AG den Weg in die Selbstständigkeit gefunden und das auch nur, weil die BA mit massiver Förderung hier einen bequemen Weg anbietet, nach dem Ende des Arbeitslosengeldbezuges noch länger von staatlicher Unterstützung zu leben. Das Programm Kapital für Arbeit ist gar ganz abgeschafft worden – wegen Erfolglosigkeit.

Daraus kann man nur den Schluss ziehen, dass die bisherigen Reformen (Hartz I bis IV) zwar notwendig und gerade im Falle von Hartz IV im wesentlichen richtig waren, aber weder für das Wirtschaftswachstum noch für die Beschäftigung in Deutschland etwas gebracht haben. Was ist zu tun?

Jetzt müssen alle Kräfte in Deutschland gebündelt werden, um Wachstum und Beschäftigung zu erreichen. Nicht nur die Bundesagen-

tür für Arbeit muss modernisiert werden, sondern jedes Politikfeld muss darauf abgeklopft werden, ob ein Vorhaben wachstumsfördernd oder wachstumshemmend ist. Das gilt für das Steuerrecht, für Energiepreise, für Verbraucher- und Umweltschutz, für behördliche Genehmigungsverfahren und auch für das Arbeitsrecht, wo wir betriebliche Bündnisse für Arbeit und einen beschäftigungsfördernden Kündigungsschutz brauchen. Was wir aber nicht brauchen, ist ein bürokratisches Monster wie das Antidiskriminierungsgesetz, mit dem die Regierung den Arbeitsmarkt weiter knebelt statt ihn zu flexibilisieren.

Wenn heute der Eindruck

entsteht, Hartz IV sei „erfolgreich“ angelaufen, so bezieht sich das auf die Auszahlung der passiven Geldleistungen, nicht aber auf die aktivierende Hilfe, das „Fördern“, das eigentliche Kernelement der Reform. Im Gegenteil, die Vermittlungstätigkeit der BA ist auf einem historischen Tiefstand. Im letzten Jahr hat ein Vermittler der BA im Monat durchschnittlich ganze 1,4 Vermittlungen geschafft! Auch hier stimmen Anspruch und Wirklichkeit nicht überein.

Nicht nur, dass die Hartz-Reformen im Ergebnis die Beschäftigung gesenkt statt verbessert haben, sie kosten auch noch mehr Geld als geplant. Seriöse Schätzungen

gehen davon aus, dass Hartz IV etwa 4 Mrd. € mehr kosten wird als vorgesehen. Ich kann mir vorstellen, dass die Regierung im Hinblick auf die Bundestagswahl nächstes Jahr gerne mehr Geld ausgibt, um ihre Erfolgslosigkeit zu verschleiern. Aber was ist danach? Wer soll die Haushaltslöcher später stopfen? Die unter dieser Regierung immer weniger werdenden Steuer- und Beitragszahler!

Karl-Josef Laumann ist der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Arbeit der Bundestagsfraktion und Mitglied im Team der CDU NRW für die Landtagswahl in Nordrhein Westfalen, zuständig für Arbeit, Soziales und Gesundheit.

RÜTTGERS: „STEINBRÜCK HAT KAPITULIERT!“

Jürgen Rüttgers hat SPD-Ministerpräsident Steinbrück vorgeworfen, im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu kapitulieren.

„Die Rekordzahl von fast einer Million Menschen ohne Job in NRW scheint dem Ministerpräsidenten gleichgültig zu sein“, erklärte der Vorsitzende der CDU-NRW und der Landtagsfraktion in Düsseldorf. Wie eine Gebetsmühle rede Stein-

brück vom Aufschwung, der bald komme, und den Reformen, die bald wirkten.

Rüttgers: „In Wahrheit wird alles nur noch schlimmer, aber der Ministerpräsident tut nichts. Er verkörpert Resignation und Hoffnungslosigkeit.“

Die rot-grüne Landesregierung habe weder Kraft noch Konzept für eine neue Wirtschaftspolitik mit durchgreifenden Struktur-

reformen, die NRW wieder attraktiv für Investitionen mache. Steinbrück habe sich ausschließlich darauf verlassen, mit Verbal-Akrobatik von „Ich-AG“ über „Personal-Service-Agenturen“ bis „Job-Floater“ über die Runden zu kommen. „Diese Strategie ist nun vollständig zusammengebrochen. Mit Steinbrück haben zu viele Menschen in NRW zu wenig Chancen“, sagte Rüttgers.

Gerhard Schröder – Kanzler der Massenarbeitslosigkeit

Bundeskanzler Schröder wollte sich am Abbau der Arbeitslosigkeit messen lassen ...

„Wir wollen uns jederzeit – nicht erst in vier Jahren – daran messen lassen, in welchem Maße wir zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen.“ (Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag am 11. 11. 1998)

... und die Arbeitslosigkeit auf unter 3,5 Millionen senken.

„Ich rechne damit, dass es uns gelingt, bis zum Ende der Legislaturperiode 2002 die Arbeitslosigkeit auf unter 3,5 Millionen zu drücken.“ (Bild am Sonntag, 20. 8. 2000)

Wie immer bei Schröder: Versprochen – Gebrochen. Den Ankündigungen folgen keine Fortschritte. Nie zuvor gab es in der Bundesrepublik so viele Arbeitslose wie heute.



Statt zu handeln, kehrt Gerhard zur Politik der ruhigen Hand zurück:

„Wir haben jedenfalls mit der Arbeitsmarktreform unser Möglichstes zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit getan.“ (Stern, 29. 12. 2004)

Entweder ist dem Bundeskanzler das Schicksal der Arbeitslosen gleichgültig oder er hat aufgegeben. Beides ist für einen Regierungschef inakzeptabel!

Gerhard Schröder ist und bleibt der Kanzler der Massenarbeitslosigkeit!

Besser für die Menschen.

CDU

Kongress

„Kinderrechte: Das geht uns alle an!“

CDU und Kinderhilfsorganisationen haben gemeinsam zu einem verstärkten Engagement gegen den Missbrauch und die Ausbeutung von Kindern aufgerufen.

Kinderhandel, Kinderprostitution, Kindersoldaten und Kinderarbeit seien Themen, die jeden angehen, erklärte Angela Merkel bei der Eröffnung der Kongress, zu dem die CDU unter dem Titel "Kinder ohne Kindheit – Für den weltweiten Schutz der Rechte von Kindern" ins Konrad-Adenauer-Haus eingeladen hatte. "Das sind nicht die Probleme anderer Länder, das geht uns alle etwas an", sagte die Vorsitzende der CDU Deutschlands und machte deutlich, dass in einer globalisierten Welt nicht mehr zwischen den "Kindern bei uns und bei den anderen" unterschieden werden dürfe. Vielmehr sei der Schutz der Kinder eine der entscheidenden "zivilisatorischen Herausforderungen einer Weltinnenpolitik des 21. Jahrhunderts". Es geht auch darum, die Situation von Kindern in Deutschland zu verbessern, sagte die CDU-Vorsitzende. Wenn man sage, Kinder seien die Zukunft, dürfe man nicht



Angela Merkel eröffnet den Kongress

übersehen, dass sie auch Teil der Gegenwart seien. „Es hat keinen Sinn, in Sonntagsreden von Zukunft zu reden, wenn im Alltag Kinder wie Störfaktoren behandelt würden,“ so Merkel.

UNICEF-Botschafterin Sabine Christiansen unterstrich, in der „Einen Welt“ seien wir füreinander verantwortlich, auch und gerade jenseits "medialer Großereignisse". Aufgabe der Politik sei es hierbei, die Ungleichgewichte zu schmälern, Kriege zu verhindern und den Kindern eigene Rechte einzuräumen. Die TV-Moderatorin schlug die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz und die Schaffung eines "Kinderrechts-Beauftragten" vor. Die Geschäftsführerin der

Kinderhilfsorganisation ECPAT (Arbeitsgemeinschaft zum Schutz der Kinder vor sexueller Ausbeutung), Mechthild Maurer, verlangte bessere Strafverfolgungsinstrumente gegen Kindesmissbrauch im Ausland sowie eine konsequentere Anwendung vorhandener Gesetze. Nötig sei auch mehr Zusammenarbeit auf EU-Ebene und eine Harmonisierung des Rechts. Die Vorsitzende des Frauenschutz-Vereins „Solwodi“, die Ordensfrau Lea Ackermann, forderte eine strafrechtliche Verfolgung der Freier von Zwangsprostituierten. Man dürfe nicht länger die Augen davor verschließen, dass die Nachfrage das Angebot bestimme, sagte Ackermann.

Armin Laschet

Schwächung der Menschenrechtspolitik!

Die Menschenrechtspolitik der rot-grünen Bundesregierung stand beim Treffen der Außenminister der EU erneut auf dem Prüfstand. Nachdem die Regierung Schröder/Fischer den Menschenrechten schon gegenüber Russland, China und dem Iran zunehmend weniger Bedeutung beimisst, droht nun ein weiterer Sündenfall.

„Wir messen der weltweiten Durchsetzung von Menschenrechten zentrale Bedeutung zu“, so hieß es noch in der Koalitionsvereinbarung von 2002, dennoch beabsichtigt die rot grüne Bundesregierung, die Beziehungen zu einer der ältesten Diktaturen der Welt zu verbessern. Seit der Verhaftung von 75 Dissidenten im Jahr 2003 durch Fidel Castros Regime sind die eu-



Armin Laschet

ropäischen Beziehungen zu Kuba eingefroren. Das Europäische Parlament hat sich noch Ende November mit großer parteiübergreifender Mehrheit für diese an Menschenrechten orientierte Politik ausgesprochen.

Es gibt leider keinen Anlass für einen Kurswechsel gegenüber Kuba. Die CDU fordert die Freilassung aller politischen Häftlinge auf Kuba und endlich freie

Wahlen. Eine glaubwürdige deutsche Menschenrechtspolitik muss sich bei der EU-Entscheidung auf die Seite der mitteleuropäischen Länder wie Tschechien, der Slowakei, Polen und der baltischen Staaten stellen. Diese neuen EU-Mitglieder haben sich ihre Freiheit mutig erkämpft und wollen vor allem wegen der dramatischen Lage der Menschenrechte auf Kuba keine engeren Beziehungen zu der Diktatur aufbauen. An der Seite der Freiheit und der Menschenrechte sollte der Platz Deutschlands sein. Eine romantische Verklärung des Diktators Castro passt nicht ins 21. Jahrhundert.

Armin Laschet MdEP ist Vorsitzender des CDU-Bundesfachausschusses für Internationale Zusammenarbeit und Menschenrechte.

KUBA MUSS EU-VERTRAUEN ERST RECHTFERTIGEN

Mit Bedauern hat der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, auf die Entscheidung des Rates reagiert, die EU-Sanktionen gegen Kuba vorläufig auszusetzen, während es auf Kuba noch politische Gefan-

gene gibt. Pöttering sagte: "Wir werden die Situation auf Kuba in den nächsten Monaten aufmerksam verfolgen. Wir hoffen sehr, dass Fidel Castro den Vertrauensvorschuss durch die EU-Außenminister rechtfertigen kann."

Eine dauerhafte Aufhebung der Sanktionen gegen Kuba käme nur im Falle einer Freilassung aller politischen Gefangenen dort in Frage, so Pöttering; anderenfalls gäbe es keine Alternative zu einer Fortsetzung der im Juni 2003 beschlossenen Maßnahmen.

„Verantwortung für schwierige Entscheidungen übernehmen“

Unter diesem Titel („Taking Responsibility for Tough Choices“) fand das diesjährige Weltwirtschaftsforum in Davos statt.

Wie bereits im vergangenen Jahr nahm Angela Merkel auch an der diesjährigen hochkarätigen Konferenz teil. Die Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und CDU Deutschlands nahm an drei Veranstaltungsteilen, u.a. an einem Arbeitessen mit deutschen Managern und Politikern sowie einer Podiumsdiskussion mit dem Titel „Europa vermisst den Wachstumsmotor“. Weitere Diskutanten waren EU-Kommissar Günter Verheugen, die britische Industrie- und Handelsministerin, Patricia Hewitt, der Vorstandsvorsitzende der Deutsche Post AG, Klaus Zumwinkel und der Präsident des US-Pharmunternehmens Pfizer, Henry A. McKinnell.

Darüber hinaus führte die Partei- und Fraktionsvorsitzende während ihres zweitägigen Aufenthaltes in Davos zahlreiche bilaterale Gespräche mit Politikern und deutschen sowie internationalen Wirtschaftsführern. So



Angela Merkel trifft den ukrainischen Präsidenten Juschtschenko

traf sie u.a. den neugewählten ukrainischen Präsidenten Viktor Juschtschenko und den israelischen Außenminister Silvan Shalom.

An dem diesjährigen Managementforum nahmen rund 2200 Teilnehmer aus 96 Ländern, darunter 25 Staats- und Regierungschefs, sowie Führungspersonen aus Poli-

tik, Wirtschaft, Wissenschaft, Verbänden und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) teil. In über 200 Panels wurden die aktuellen globalen Probleme erörtert, wie zum Beispiel die Lage der Weltwirtschaft, die Folgen der Globalisierung, der Klimawandel und der Friedensprozess im Nahen Osten.

HINTERGRUND

Das Weltwirtschaftsforum (World Economic Forum) ist eine unabhängige internationale Organisation mit Sitz in Genf, die den Status einer schweizerischen gemeinnützigen Stiftung hat.

Sie geht zurück auf die Initiative von Professor Klaus Schwab, der erstmals 1971 europäische Wirtschaftsfüh-

rer nach Davos einlud, um globale Managementpraktiken zu diskutieren. Der Erfolg dieser ersten Konferenz führte zur Gründung des Europäischen Management Forums, das 1987 in Weltwirtschaftsforum umbenannt wurde. Zu den Mitgliedern des Forums zählen über 1000 große Wirtschaftsunternehmen.

Deutschland: Europameister bei Regierungs-PR

In einer heftig geführten Debatte zur Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung hat der Bundestagsabgeordnete Bernhard Kaster für die CDU/CSU-Fraktion deutlich kritisiert, dass sich die Bundesregierung mit der Lügenaffäre um Regierungssprecher Bela Anda endgültig von sachlicher Informationspolitik verabschiedet habe.

Was wie ein schlechter Witz klinge, sei unter Rot-Grün Realität geworden, führte Bernhard Kaster im Plenum aus: „Der Prozessvertreter der Bundesregierung ließ in einem Gerichtsprozess gegen Bela Anda erklären, der Regierungssprecher habe gelogen und dürfe auch lügen.“ Auch dass Regierungssprecher Bela Anda mit seinen Lügen verschiedene Medien zur Verbreitung von Unwahrheiten anstachelte, störe in dieser Bundesregierung niemanden mehr, kritisierte der Hauptberichterstatter für das Bundespresseamt. „Es ist nicht zumutbar, dass unser Land von einem amtlichen Lügenbaron verschaukelt wird.“ Die Debatte zur Öffentlichkeitsarbeit hatte



Bernhard Kaster

die CDU/CSU-Bundestagsfraktion beantragt, nachdem Bernhard Kaster zusammen mit dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Haushalt, Dietrich Austermann, in einer 20seitigen Broschüre den Rekord-Etat von fast 250 Millionen EURO an rot-grünen PR-Ausgaben aufgedeckt hatte. „Hier geht es jetzt ums Grundsätzliche: Wenn 1/4 Mrd. EURO für Anzeigen, Plakate und Bro-

schüren ausgegeben werden, die zudem ganz überwiegend nicht der Information, sondern der Beeinflussung politischer Stimmungen dienen sollen, muss die Frage der Gewährleistung eines fairen politischen Wettbewerbs zwischen Regierung und Opposition gestellt werden“, führte Bernhard Kaster im Plenum aus. In Großbritannien streite man derzeit darüber, ob der 2,3 Mio. große PR-Etat von Tony Blair nicht besser in Krankenhäuser oder Schulen zu stecken sei. „Über solche Beträge kann man in Deutschland nur lachen. Deutschland ist Europameister in Sachen Regierungs-PR“, kritisieren die beiden Haushalter Austermann und Kaster. Auf diesen Titel könne man aber gut verzichten.

NEUZUSCHNITT DER WAHLKREISE

Nach der jüngsten Neuordnung der Wahlkreise wird die Zahl der Wahlkreise in Thüringen von 10 auf 9 vermindert und in Bayern von 44 auf 45 aufgestockt.

Der Bundestag beschloss eine der Bevölkerungsentwicklung entsprechende Ände-

rung des Bundeswahlgesetzes. Auch müssen nach Gebiets- und Verwaltungsreformen in verschiedenen Bundesländern einige der insgesamt 299 Wahlkreise neu beschrieben werden. Der neue Zuschnitt soll ab der Bundestagswahl 2006 gelten.

Prävention muss man richtig machen!

Unser Gesundheitswesen braucht dringend eine Stärkung von Prävention und Gesundheitsförderung.

Deshalb ist es höchste Zeit, dass die Bundesregierung nun endlich ein Präventionsgesetz vorlegt, wie es bereits im Sommer 2003 bei den Verhandlungen zur Gesundheitsreform mit der Union vereinbart wurde.

Dieser Gesetzentwurf ist ein Schritt in die richtige Richtung. Er verfehlt aber sein Ziel, den Flickenteppich aus unkoordinierten Einzelmaßnahmen zu überwinden und einheitliche Präventionsziele festzulegen, klar und deutlich.

Prävention ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an der sich nicht nur die Sozialversicherungen, sondern auch die öffentliche Hand beteiligen muss. Deshalb ist es höchst bedenklich, dass im Präventionsgesetz die Verwendung von erheblichen Beitragsgeldern geregelt wird, während Aussagen zur finanziellen Beteiligung von Bund und Ländern völlig fehlen. Bund und Länder dürfen sich nicht auf Kosten der Beitragszahler aus ihrer Verantwortung für die Gesundheitsförderung zurück-

ziehen. Angesichts der prekären Finanzlage aller Sozialkassen geht es nicht an, den Beitragszahlern immer neue Lasten aufzubürden.

Gegen den Gesetzentwurf der Bundesregierung bestehen nach wie vor erhebliche juristische Bedenken. Nicht nur die Finanzierung staatlicher Aufgaben aus Beitragsmitteln, auch Eingriffe in die Selbstverwaltung und Verstöße gegen das Stiftungsrecht sind festzustellen. Zudem erzeugt das Präventionsgesetz einen massiven Verwaltungsaufwand, weil zahlreiche neue Gremien auf Bundes- und Landesebene eingerichtet werden, deren Arbeit koordiniert werden muss.

Auch wenn Ulla Schmidt über ein Jahr für die Vorlage ihres Präventionsgesetzes gebraucht hat, wird sie noch einmal nachsitzen und das Gesetz gründlich überarbeiten müssen. Es wäre fatal, wenn eine nachhaltige Stärkung von Prävention und Gesundheitsförderung dem Wunsch der Gesundheitsministerin nach kurzfristigen Erfolgserlebnissen vor den Landtagswahlen geopfert würde.



Andreas Storm



Annette Widmann-Mauz

Andreas Storm ist der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Gesundheit und Soziale Sicherung, **Annette Widmann-Mauz** die gesundheitspolitische Sprecherin.

Gentechnik-Gesetz bremst Forschung in Deutschland!

Erklärung zum Inkrafttreten des neuen Gentechnik-Gesetzes:

Fünf Millionen Arbeitslose hoffen auf neue Arbeitsplätze aus neuen Technologien. Die Europäische Union verlangt Vorrang für Bildung und Forschung, um neues Wachstum zu erreichen.

Doch mit dem Gentechnik-Gesetz blockiert die Bundesregierung die Entwicklung der Bio-Technologie in erheblichem Maße. Die gesamte Allianz der deutschen Wissenschaft ist dagegen Sturm gelaufen. Das Gentechnik-Gesetz bedeute „de facto das Ende von Forschung



Helmut Heiderich

und Entwicklung“ auf diesem Gebiet, so Max-Planck Präsident Peter Gruss.

Die Regeln dürften nicht so hart sein, dass Produzenten von Gen-Pflanzen keine Chance auf dem Markt hätten, so EU-Kommissarin Mariann Fischer Boel kürzlich in Berlin. Vor dem Bundesrat hatte die verantwortliche Ministerin Künast in einer 6-Punkte-Mängelliste versichert, die wesentlichen Problempunkte des Gesetzes zu entschärfen. Nichts davon ist bisher erkennbar.

Stattdessen setzt die Bundesregierung auf die Verunsicherung der Bevölkerung, statt einen breiten und wissenschaftlich fundierten Informationsaustausch mit der Öffentlichkeit zu starten.

Immer mehr Betriebe forschen im Ausland. Zusätzlich streicht die Bundesregierung Forschungsmittel für die Grüne Gentechnik weiter zusammen.

Während Forschung und Anwendung international boomen – vor allem Entwicklungs- und Schwellenländer ihre Anstrengungen enorm erhöhen – wird Deutschland von einer Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts mit diesem Gentechnik-Gesetz weiter abgehängt.

Helmut Heiderich ist der Bio- und Gentechnik-Beauftragte der Bundestagsfraktion.

Schluss mit dem Terror-Tourismus

Die jüngste Razzia im Islamisten-Milieu hat ein bereits bekanntes islamistisches Handlungsmuster erneut bestätigt.

Unter den Verdächtigen befinden sich erneut Ausländer, die in Deutschland legal leben und die als Terror-Touristen zwischen Islamisten-Ausbildungslagern im Ausland und Deutschland gependelt sind. Wie kann es sein, dass in Deutschland legal lebende Ausländer nach Belieben Ausbildungslager islamistischer Extremisten in Afghanistan besuchen? Innenminister Schily muss das umgehend unterbinden. Erforderlich sind:

- Sofortige Verhängung von Ausreiseverboten, ggf.

auch die Entziehung von Ausweispapieren.

- Ein Verbot oder eine Beschränkung der politischen Betätigung und Durchsetzung aufenthaltsbeendender Maßnahmen, ggf. nach der neuen Top-Gefährder-Regelung in § 58 a Aufenthaltsgesetz.
- Verhängung einer Wieder-Einreisesperre.
- Sofern die Betroffenen in Deutschland als Flüchtlinge anerkannt sind, muss das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge umgehend Widerrufsverfahren einleiten. Bis zum Widerruf sind auch Reisebeschränkungen im Konventionspass zu erwägen.
- Eine Beschleunigung der Gerichtsverfahren für alle gefährlichen Ausländer ist unabdingbar. In Deutschland leben ca. 30.000 Islamisten, denen wir hinsichtlich ihrer Rechtsschutzmöglichkeiten mehr gewähren als die Verfassung gebietet. Daher ist eine Verkürzung des Instanzenzugs von drei auf eine geboten. Auch darf es keine Möglichkeit des Widerspruchs gegen Ausweisungen und Abschiebungen und keine aufschiebende Wirkung der Klage



Hartmut Koschyk



Thomas Strobl

Zentralismus. Im Regelfall werden geplante Terrorakte in den Ländern entdeckt. Das von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Abstimmung mit den Innenmi-

nistern der unionsregierten Länder vorgeschlagene Gemeinsame Zentrum zur Terrorismusbekämpfung ist nach wie vor der richtige Weg. Die Verhaftungen der Islamisten können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bundesregierung gewisse Entwicklungen bei islamistischem Terror schlichtweg verschlafen hat. Spätestens seit den Anschlägen von Madrid ist bekannt, dass sich in Deutschland eine explosive Mischung aus Islamisten und Kriminellen zusammenbraut. Warum ist es Islamisten

mehr geben. Gefährliche Ausländer sollen ihren Antrag bei Gericht in bestimmten kurzen Fristen stellen und begründen müssen. Das Gericht muss dann innerhalb bestimmter Fristen entscheiden. Im Falle der Verzögerung können Angaben des Ausländers bei Gericht unberücksichtigt bleiben.

Erforderlich sind effiziente Strukturen für die Bekämpfung terroristischer Gefahren in Form eines kooperativen Sicherheitsföderalismus, nicht aber mehr

möglich, deutsche Gefängnisse als Rekrutierungspool zu nutzen? Wo sind die Reaktionen von Innenminister Schily auf Geheimdienstwarnungen aus dem Nahen Osten, wonach in Deutschland unpolitische Kleinkriminelle und Arbeitslose für die islamistische Bewegung angeworben werden? Wo sind die Reaktionen auf Ankündigungen, die aus „Kriminellen eine williges Werkzeug der Drahtzieher des Terrors“ machen? Diese Probleme kriegt Innenminister Schily mit seiner absurden Organisation von zwei parallelen „Informations- und Analysezentren“, die um überhaupt zusammenarbeiten zu können, sieben Koordinationsforen benötigen, nicht in den Griff.

Hartmut Koschyk ist der innenpolitische Fraktions-sprecher, **Thomas Strobl** der Obmann im Innenausschuss.

PETER HINTZE: EU GEWÄHRT GALGENFRIST

Jahrelang hat die Regierung Schröder/Fischer ihre Zusagen im Rahmen des Stabilitätspaktes gebrochen.

Jetzt gibt die EU-Kommission Deutschland eine letzte Frist. Grundlage hierfür ist ein Versprechen von Bundesfinanzminister Eichel, die permanente Verletzung des Stabilitätspaktes in diesem Jahr nicht fortzusetzen.

Der Versuch der Bundesregierung, durch steigende Staatsverschulung den selbst geschaffenen Problemen zu entgehen, ist durch die jüngste Arbeitslosenstatistik brachial widerlegt. Neben dem Erreichen der 5-Millionen-Zahl ist besonders bedrückend, dass sich die Arbeitslosigkeit in Deutschland immer mehr

verfestigt. Deutschland droht mit seiner Verschuldungspolitik, die ganze EU in Gefahr zu bringen. Es ist ein Zeichen von Ohnmacht, wenn die EU angesichts galoppierender Arbeitslosigkeit und Verschuldung in Deutschland noch eine letzte Galgenfrist setzt.

Peter Hintze ist der europapolitische Sprecher.

Restpostenaktion

Bestellschein > CDU-Kalender

arvato logistics services
 – IS-Versandzentrum –
 Postfach 1162
 33759 Versmold

Fax 05241/8 04 18 92

Nur solange der Vorrat reicht!

Absender/KV-Nr. Rechnungsanschrift	<input type="text"/>	Lieferanschrift (falls nicht identisch)
CDU-Verband oder Name		CDU-Verband oder Name
Ansprechpartner		Ansprechpartner
Straße, Nr.		Straße, Nr.
PLZ, Ort		PLZ, Ort
Telefon		Telefon

Bitte vollständig in Druckschrift ausfüllen. Sie erleichtern uns dadurch die Bearbeitung.

Anzahl	Bestell- Nummer	Titel- bzw. Artikelbezeichnung	Einzelpreis		Gesamt- preis
			(ohne MwSt.)	(inkl. MwSt.)	
	9183	CDU-Kalender	8,53	9,90	

~~8,53~~ ~~9,90~~
 4,22 4,90



Kalender

Hochglanzbilderdruck
 im Superformat

49 x 65 cm
 jeder Monat mit
 2 Plakatmotivseiten

Bestell-Nr. **9183**
 Preis je Kalender: **4,22 Euro**
 inkl. MwSt.: **4,90 Euro**

Jetzt
4.90 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
 Bertelsmann-Versandzentrum
 Postfach 1162, 33759 Versmold
 Telefax 052 41-804 18 92
 e-mail:
 cdu-shop@bertelsmann.de

Datum, Unterschrift

Broschüre „Wachstum, Arbeit, Wohlstand. Wachstumsstrategien für die Wissensgesellschaft.“

Beschluss des 18. Parteitagés der CDU Deutschlands 2004 in Düsseldorf

Bestell-Nummer: **5190**

Preis je 25 Stück: **25,00 €**

inkl. MwSt.: 26,75 €



Leporello „Anpacken statt abwarten! 50 Ideen für mehr Wachstum“

- 50 konkrete Ideen für mehr Wachstum und Arbeit
- Deutschland im Vergleich mit unseren europäischen Nachbarn
- In den unionsgeführten Bundesländern läuft's besser

Bestell-Nummer: **2195**

Preis je **50 Stück: 9,00 €**

inkl. MwSt.: 9,63 €

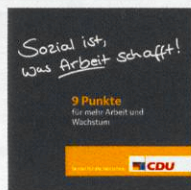


Folder „Sozial ist, was Arbeit schafft.“

Bestell-Nummer: **2085**

Preis je **100 Stück: 10,00 €**

inkl. MwSt.: 10,70 €



Leporello „So entstehen neue Jobs.“

Bestell-Nummer: **2171**

Preis je **100 Stück: 11,00 €**

inkl. MwSt.: 11,77 €



UBG
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt.



Aktionszeitung, Bundesausgabe 1/2005

■ Texte und Argumente im bewährten Format

Bestell-Nummer: **1013**

Preis je **250 Stück: 18,50 €**

inkl. MwSt.: 19,80 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de